



Offener Brief an

ver.di Mittelhessen • Walltorstr. 17 • 35390 Gießen

Oberbürgermeister Egon Vaupel

Bürgermeister Dr. Franz Kahle

**Mitglieder des Magistrats der
Universitätsstadt Marburg**

**Mitglieder der
Stadtverordnetenversammlung der
Universitätsstadt Marburg**

Geschäftsführung

**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

Bezirk Mittelhessen

Walltorstr. 17
35390 Gießen

Jörg Lüdde
Geschäftsführer

Telefon: 0641-93234-0
Durchwahl: 0641-93234-40/41
Telefax: 0641-93234-99

► **auch im Internet:**
mittelhessen.verdi.de

Joerg.Luedde@verdi.de
www.verdi.de

Datum
Ihre Zeichen
Unsere Zeichen

20. August 2009

JL/Br

1,-- €-Jobs bei der Praxis gGmbH

Sehr geehrter Oberbürgermeister Egon Vaupel,
sehr geehrter Bürgermeister Dr. Franz Kahle,
sehr geehrte Mitglieder des Magistrats der Universitätsstadt Marburg,
sehr geehrte Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung der
Universitätsstadt Marburg,

mit diesem offenen Brief möchte Sie, die Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft, Bezirk Mittelhessen, auf einen Missstand bei
Arbeitsförderungsmaßnahmen in Ihrem Zuständigkeitsbereich aufmerksam
machen.

Wie wir durch eigenen Augenschein und Berichte von Betroffenen erfahren
haben (und auch dokumentieren können), werden im Stadtgebiet Marburg
die Müllkörbe in der Oberstadt und an den Bushaltestellen im Stadtgebiet
von Erwerbslosen geleert, die sich in einer Maßnahme nach § 16 d SGB II
bei der Praxis gGmbH befinden.

Diese Maßnahmen werden landläufig 1,-- €-Jobs genannt und diese sind
nur dann rechtskonform, wenn eindeutig zusätzliche Arbeiten erledigt
werden. Die Müllbeseitigung ist aber eine Pflichtaufgabe der
Universitätsstadt Marburg. Die gesetzlichen Vorschriften dazu sind sehr
präzise.

Ausgeführt wird diese rechtswidrige Anwendung der 1-€-Jobs von der
Ihnen gut bekannten Praxis gGmbH.

SEB Bank Gießen
Konto 1000204800
BLZ 51310111

Die Universitätsstadt Marburg, als Gesellschafterin der Praxis gGmbH, bleibt aus unserer Sicht in der Pflicht, die Rechtswidrigkeit der Anwendung von Maßnahmen des §16 d SGB II in ihrem Einflussbereich zu unterbinden. Insbesondere obliegt es der Universitätsstadt Marburg, weiterhin die kommunale Pflichtaufgabe der Müllentsorgung zu gewährleisten.

Ein besonderer Blick sollte noch einmal auf die betroffenen Erwerbslosen gerichtet werden.

Von Qualifikation und Vita sind diese Menschen für eine Festanstellung in diesem Bereich hervorragend geeignet. Viele von Ihnen haben sich in der Hoffnung darauf freiwillig für die Tätigkeiten im Rahmen dieser Maßnahme gemeldet.

Werden aber einstmals sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze durch die o.g. Maßnahmen ersetzt und in letzter Konsequenz vernichtet, gibt es für die Betroffenen keine befriedigende Perspektive.

Darüber hinaus setze ich einschlägige Studien, die belegen, dass die Inanspruchnahme sog. 1,- €-Jobs keinerlei „Klebeeffekt“ auslöst und eben nicht zu einer Integration in den 1. Arbeitsmarkt führt, mittlerweile als bekannt voraus.

Wir fordern Sie daher auf, die Übernahme der Betroffenen in Festanstellung bei der DBM ernsthaft zu prüfen.

An mangelnde finanzielle Mittel können wir nicht so recht glauben. Wie erinnerlich, hat die Stadt Marburg auf einen lukrativen Verkauf der Liegenschaft der DBM in der Gisselberger Straße – in der sich heute die Praxis gGmbH befindet – verzichtet und ist dafür Miteigentümer eben dieser gGmbH geworden. Der immer noch mögliche Erlös aus dieser Liegenschaft könnte die Lohnsumme der zusätzlichen Beschäftigten für viele Jahre decken.

Da wir davon ausgehen, dass diese Entwicklung gegen Ihre Absicht zustande gekommen ist, blicken wir sehr optimistisch einer positiven Änderung entgegen und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Ich verbleibe

mit freundlichen Grüßen



Jörg Lüdde
Geschäftsführer